

AKTIV.IST.IN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4/ DEZEMBER 2021



AFGHANISTAN

Bildung für Mädchen
Richterinnen in Gefahr

SLOWAKEI

Gerechtigkeit für
Romafrauen

SETZ DICH EIN

für Atena Daemi
für Janna Jihad

NETZWERK FRAUENRECHTE



AMNESTY
INTERNATIONAL





WEB
frauenrechte.amnesty.at

E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at

FACEBOOK
[@amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)

TWITTER
[@AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

INSTAGRAM
[amnesty_frauenrechte](https://www.instagram.com/amnesty_frauenrechte)

SPENDENKONTO
BIC: GIBAAWXXXX
IBAN: AT14 2011 1000 0031 6326

lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH

Verwendungszweck:
NETZWERK FRAUENRECHTE

Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar.

Liebe Unterstützer*innen! Liebe Amnesty-Freund*innen!

Auch in diese Ausgabe blicken wir wieder nach Afghanistan. Seit der Machtübernahme der Taliban hat sich das Leben von Frauen und Mädchen in Afghanistan schlagartig geändert, wie der Artikel über Richterinnen zeigt, die seither gezwungen sind unterzutauchen. Vielen Frauen und Mädchen wird bereits der Zugang zu Schulen verboten, das Recht auf Bildung verwehrt, die Zukunft genommen. Das zeigt eine Untersuchung von Amnesty International.

Zusätzlich werfen wir einen Blick auf das Versagen der Bewältigung der Klimaerwärmung und die damit verbundenen Auswirkungen auf Menschenrechte, wie das Recht auf Bildung und Frauenrechte, die Menschen bereits jetzt spüren.

Eine Aktivistin aus der Slowakei berichtet uns über Zwangssterilisierungen von Roma-Frauen im Land, die unter anderem ihre Rechte auf reproduktive Selbstbestimmung, Privatleben und Unversehrtheit des Körpers verletzen.

Bei Redaktionsschluss liegen die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen noch vor uns und es freut mich, dass wir in dieser Ausgabe den Kerzenschein auf einen Verein werfen, der in Österreich seit 1985 Pionier*innenarbeit mit Betroffenen von Frauenhandel leistet. Österreich spielt als Transit- und Zielland des Menschenhandels eine entscheidende Rolle, und es sind Aktivist*innen von LEFÖ, die einen großen Beitrag in seiner Bekämpfung leisten.

In unserer Reihe „Vorkämpferinnen für Frauenrechte“ erfahren wir mehr über eine Pionierin aus der Vergangenheit: Die weltweit erste Diplomatin Alexandra Kollontai.

Wie in jeder **AKTIV.IST.IN** haben wir auch in dieser Appelle, die du unterschreiben und abschicken kannst. Danke, dass du uns unterstützt und dich für diese Frauenrechtsverteidigerinnen einsetzt.

Ich wünsche dir und deiner Familie im Namen des Netzwerks Frauenrechte einen frohen Jahresabschluss und viel Gesundheit fürs neue Jahr!

Flora Bachmann,

Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte



INHALT



3 AFGHANISTAN Mädchen müssen wieder in die Schule gehen dürfen

5 AFGHANISTAN Richterinnen in Gefahr

6 16 TAGE GEGEN GEWALT „Wir hatten viele Freiheiten“

8 PAKISTAN Heißer als ein Mensch erträgt

10 COVID-19 zwei Milliarden Impfdosen in 100 Tagen

12 SLOWAKEI Zwangssterilisierungen von Roma-Frauen

14 ÖSTERREICH Frauenhandel ist moderne Sklaverei

16 ÖSTERREICH Gewaltschutz braucht Geld

17 ERFOLGE Dein Einsatz hilft

18 IRAN Atena Daemi nicht vergessen

19 CHINA Zhang Zhans Leben ist in Gefahr

20 ISRAEL Todesdrohungen gegen Janna Jihad

21 THAILAND Anklage wegen Majestätsbeleidigung

22 DIES & DAS Kurzmeldungen

23 APPELLBRIEFE Bitte absenden!

31 ALEXANDRA KOLLONTAI Die erste Diplomatin

32 DEINE SPENDE HILFT Impressum

MÄDCHEN MÜSSEN WIEDER IN DIE SCHULE GEHEN DÜRFEN

Gegenwärtig wird Mädchen in Afghanistan der Besuch von Sekundarschulen faktisch verwehrt. Die von den Taliban verfolgte Politik ist diskriminierend, ungerecht und verstößt gegen das Völkerrecht.

Während Buben landesweit am 17. September in die weiterführenden Schulen zurückkehren konnten, bestanden die Taliban darauf, dass erst ein „Lernumfeld“ geschaffen werden müsse, bevor Mädchen zurückkehren dürften.

Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulverwaltungen berichteten gegenüber Amnesty International, dass Einschüchterungen und Schikanen durch die Taliban dazu führen, dass die Schulbesuchsquote auf allen Ebenen niedrig bleibt, insbesondere bei Mädchen.

„Gegenwärtig wird Mädchen in Afghanistan der Besuch von Sekundarschulen faktisch verwehrt. Im gesamten Land werden die Rechte und das Streben einer ganzen Generation von Mädchen missachtet und unterdrückt“, sagte Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International. „Das Recht auf Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht, zu dessen Einhaltung die Taliban als die de-facto Behörden des Landes verpflichtet sind. Die derzeit von den Taliban verfolgte Politik ist diskriminierend, ungerecht und verstößt gegen das Völkerrecht.“

APPELL AN DIE INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT.

Amnesty International appelliert an die internationale Gemeinschaft, angemessene Finanzmittel für den afghanischen Bildungssektor bereitzustellen, damit die Schulen weiterarbeiten können. Andernfalls könnte Millionen von afghanischen Schüler*innen das Recht auf Bildung vorenthalten werden. Einige Sekundarschulen haben die Rückkehr von Mädchen erlaubt, aber die große Mehrheit der weiterführenden Schulen in Afghanistan bleibt den Mädchen verschlossen. Die 14-jährige Schülerin Asma* aus Kabul,

sagte Amnesty International: „Werde ich zur Schule gehen können oder nicht? Dies ist meine größte Sorge. Ich möchte alles lernen, von den einfachsten bis zu den schwierigsten Fächern. Ich möchte Astronautin, Ingenieurin oder Architektin werden... Das ist mein Traum...“

Khalida*, eine 16-jährige Schülerin aus Kabul, sagte: „Was sollen wir mit einer Ausbildung anfangen, wenn wir unsere Wünsche nicht leben können? Ich will Politikerin werden... Ich will keinen Abschluss machen und dann zu Hause sitzen... Mädchen wie ich wollen führende Positionen einnehmen ... Wir können alles werden, aber sie lassen uns nicht.“

Mehrere Sekundarschülerinnen sagten, sie hätten ihre Lernmotivation verloren, weil die Taliban sie wahrscheinlich nur in einigen wenigen, spezifischen Bereichen wie dem Bildungs- oder Gesundheitswesen arbeiten lassen würden.

Lehrer*innen, Schüler*innen und Aktivist*in-

Die Forderung von 2002 „Zurück in die Schule“ ist heute wieder traurige Realität.

© Amnesty International





Viele Familien haben jetzt Angst, ihre Töchter zur Schule zu schicken. © pixabay

METHODIK:

Vom 16. September bis 8. Oktober 2021 führte Amnesty International Telefoninterviews mit elf Lehrer*innen und Schulverwaltungen sowie zehn Schüler*innen und Studierenden im Alter von 14 bis 22 Jahren in Provinzen in ganz Afghanistan, darunter Badakhshan, Farah, Helmand, Kabul, Kandahar, Laghman, Nangahar, Samangan und Sar-e Pul. Amnesty International befragte außerdem zwölf lokale Aktivist*innen, Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und den Vereinten Nationen sowie weitere Bildungsfachleute in Afghanistan. Amnesty International hat am 6. und 12. Oktober versucht, mit Taliban-Vertreter*innen Kontakt aufzunehmen, hat aber bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung keine Antwort erhalten.

nen in ganz Afghanistan berichteten Amnesty International, dass der Grundschulbesuch in vielen Gebieten erheblich nachgelassen hat, vor allem der der Mädchen. Viele Familien haben nach wie vor Angst vor den Taliban und trauen sich nicht, ihre Kinder, insbesondere Mädchen, zur Schule zu schicken. Die schwierige wirtschaftliche Lage hat viele Familien dazu gezwungen, ihre Kinder aus der Schule zu nehmen und sie zur Arbeit zu schicken. Millionen von Afghan*innen wurden während und nach der Übernahme des Landes durch die Taliban aus ihren Heimatorten vertrieben, und viele der vertriebenen Kinder gehen nicht zur Schule. Die Befragten sagten auch, dass viele Lehrer*innen keinen Unterricht geben, was vor allem darauf zurückzuführen sei, dass die Taliban ihre Gehälter nicht zahlen. An den Hochschulen berichteten die Studierenden, dass einige Universitäten zwar wieder geöffnet hätten, die Anwesenheitsquote aber gesunken sei, insbesondere unter den jungen Frauen.

EINSCHÜCHTERUNG UND SCHIKANEN DER TALIBAN GEGEN LEHRER*INNEN. Pashtana*, eine Gymnasiallehrerin, berichtete Amnesty International, dass sie Morddrohungen von den Taliban erhalten habe und vor das örtliche Gericht geladen worden sei, um sie strafrechtlich zu verfolgen, weil sie zuvor koedukativen Sportunterricht gegeben habe. Anfang des Jahres erhielt sie einen Brief von Angehörigen der

Taliban, „in dem hieß es: ‚Wenn die Taliban dich erwischen, werden sie dir die Ohren abschneiden, und das wird für andere in [deiner] Provinz eine Lehre sein‘. Jetzt bin ich untergetaucht. Sogar meine Familie denkt, dass ich außer Landes bin.“ Die 22-jährige Efat*, und Naveed*, ihr 16-jähriger Bruder, berichteten, dass sie am 18. August von zwei Taliban-Mitgliedern bewusstlos geschlagen worden seien. Sie seien auf dem Weg zu einem Englischkurs angegriffen worden, den die Taliban als „die Sprache der Ungläubigen“ bezeichneten. Eine andere Sekundarschullehrerin gab an, dass die Taliban sie als Vergeltung für ein Medieninterview, in dem sie sich über Lehrer*innengehälter und den Zugang von Mädchen zur Sekundarschulbildung beschwert hatte, eingeschüchtert hätten.

SCHULEN FÜR MILITÄRISCHE ZWECKE GENUTZT.

Zeug*innen berichteten Amnesty außerdem, dass die Taliban während der Kämpfe vor der Übernahme des Landes vier Schulen für militärische Zwecke nutzten: Eine solche Nutzung von Schulen setzt die Schüler*innen und Lehrer*innen dem Risiko möglicher militärischer Angriffe aus und dürfte es extrem erschweren, Bildung angemessen zu vermitteln. Diese Handlungen stehen auch im Widerspruch zu der globalen Erklärung zu sicheren Schulen, der die afghanische Regierung 2015 zustimmte.

* Namen zum Schutz der Betroffenen geändert

RICHTERINNEN IN GEFAHR

Alle 270 Richterinnen sind seit der Machtübernahme durch die Taliban mit ihren Familien untergetaucht, weil sie verfolgt und bedroht werden.

Nach der Machtübernahme der Taliban versicherten diese im August, dass sie die Rechte von Frauen respektieren würden. Soweit es die Vorgaben der Scharia erlauben, könnten Frauen weiterhin arbeiten, zur Schule und in die Universität gehen, sagte ein Sprecher der Taliban. Wie befürchtet, wurden hart erkämpfte Frauenrechte innerhalb weniger Wochen zunichte gemacht.

Im Februar 2020 unterschrieben Vertreter der USA und der radikalislamischen Taliban ein Friedensabkommen, das den Abzug der internationalen Truppen bis April 2021 festlegen sollte. Der Abzug der Truppen war eine der Hauptbedingungen der Taliban, um mit der afghanischen Regierung an einem Friedensabkommen zu arbeiten. Die 10.000 internationalen Soldat*innen und die Einsatzkräfte der NATO verließen bis September 2021 Afghanistan. Im Zuge des Friedensabkommens zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung wurde die Gefangenenfreilassung von Seiten der Taliban gefordert und es wurden hunderte Gefangene entlassen. Im August eroberten die Taliban das Land und nahmen eine Stadt nach der anderen gewaltsam ein, bis sie nach der Eroberung Kabuls den Krieg für beendet erklärten. Mit der Machtübernahme öffneten die Taliban die afghanischen Gefängnisse und entließen Gefängnisinsassen. Sie befreiten Männer, die wegen Terrorismus, Vergewaltigung, Mord, Folter und Entführung inhaftiert waren.

20 JAHRE ERFOLGE ZUNICHTE. In den letzten 20 Jahren haben Organisationen und Aktivist*innen im Bereich der Frauenrechte wichtige Erfolge erzielt. Der Zugang zu Bildung hat sich für Mädchen und Frauen stark verbessert und immer mehr Frauen konnten Berufe in der Politik und im Justizsystem ausüben. Im letzten Jahr haben landesweit rund 270 Richterinnen gearbeitet und 21 Prozent aller Strafverteidiger*innen waren Frauen. So wie

Journalistinnen, Lehrerinnen und Sportlerinnen sind sie aktuell von massiver Gewalt bedroht. Alle Richterinnen sind seit der Machtübernahme mit ihren Familien untergetaucht, weil sie verfolgt und bedroht werden. Ihre Konten wurden eingefroren und sie können sich nicht mehr frei bewegen.

In Afghanistan wird durchschnittlich jedes dritte Mädchen vor dem 18. Geburtstag zwangsverheiratet und sechzig Prozent leben in erzwungenen Ehen. Richterinnen führten Scheidungen durch, sprachen Männer, die Frauen folterten, entführten, vergewaltigten oder ermordeten, schuldig. Sie kämpften dafür, dass Gewalt gegen Frauen als Straftaten verurteilt wurden und Täter nicht länger von einer patriarchalen, korrupten Rechtsprechung profitieren konnten.

GEZIELTE ANGRIFFE AUF RICHTERINNEN. Bereits vor der Machtübernahme gab es gezielte Angriffe auf Richter*innen und Anwält*innen. Im Jänner 2021 wurden etwa zwei Richterinnen des Obersten Gerichtshof auf ihrem Weg zur Arbeit in Kabul erschossen. Stunden nachdem Inhaftierte aus Gefängnissen befreit wurden, berichteten Richterinnen von Morddrohungen, die sie über ihre privaten Telefonnummern erhielten. Ihre Arbeitsplätze wurden durchsucht, ihre persönlichen Daten wurden weitergegeben, um sie aufzuspüren. Viele der ehemaligen Richterinnen waren Personen des öffentlichen Lebens, da sie einen einflussreichen Beruf ausübten. Auch die Männer, die sie zu Gefängnisstrafen verurteilt haben, können sich an ihre Namen erinnern. Richterinnen waren viele Jahre Repräsentantinnen der Hoffnung auf ein gerechteres Justizsystem, das sowohl durch Gesetze als auch bei der Rechtsprechung ein gleichberechtigtes Leben ermöglichen sollte. Aktuell versuchen die meisten ehemaligen Richterinnen Afghanistan zu verlassen, da sie ihren Beruf nicht länger ausüben können.

Von Teresa Elser, Amnesty-Netzwerk Frauenrechte



FAWZIA AMINI, ehemalige Richterin am Obersten Gerichtshof: „Seit die Taliban die Kontrolle übernommen haben, scheinen Kriminelle frei herumzulaufen und Richterinnen wie Gefangene zu leben... Sie wollen die Frauen aus der Gesellschaft auslöschen und uns alle zu Gefangenen in unseren eigenen Häusern machen.“

Weitere Berichte über die Menschenrechtskrise in Afghanistan findest du auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at)

„WIR HATTEN VIELE FREIHEITEN...“

Anlässlich der *16 Tage gegen geschlechtsspezifische Gewalt 2021* hob Amnesty International die Leistungen von 16 bemerkenswerten afghanischen Frauen hervor.

In einer Zeit, in der den Afghaninnen fast über Nacht ein ganzes Spektrum von Rechten genommen wurde, erinnern diese 16 Geschichten daran, wie viel afghanische Frauen in den letzten 20 Jahren trotz politischer Instabilität und Konflikten und den erhöhten Risiken, denen sie unter dem derzeitigen Regime ausgesetzt sind, erreicht haben. Vor allem aber verdeutlichen diese Geschichten, wie viel Frauen zu ihren Gemeinschaften, zur Gesellschaft und zu ihrem Land beitragen können, wenn sie Zugang zu ihren

Rechten und die Möglichkeit haben, uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilzunehmen. Angesichts der enormen humanitären und politischen Krise in Afghanistan ist es erstaunlich, dass eine Regierung diese und viele andere afghanische Frauen aktiv von der Teilnahme am öffentlichen Leben ausschließt und ihnen ihre Menschenrechte vorenthält. Wir bringen kurze Zitate einiger Frauen.

Mehr dazu, ausführliche Interviews und Forderungen auf amnesty.at

ELAHA SAHEL, JOURNALISTIN UND AKTIVISTIN FÜR FRAUENRECHTE



Obwohl afghanische Journalistinnen in den ersten Tagen nach der Machtergreifung der Taliban Interviews mit deren Vertretern führen konnten, verschlechterte sich die Situation schnell. Die Moderatorinnen des staatlichen Fernsehsenders wurden aus dem Programm genommen, und die Journalistinnen erhielten Drohungen, die sie aufforderten, ihre Arbeit einzustellen. Im Jahr vor der Machtübernahme der Taliban in Kabul wurden mehrere Medienmitarbeiterinnen getötet. Nach Recherchen von *Reporter ohne Grenzen* wurden seit der Machtübernahme durch die Taliban hunderte Journalistinnen gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben. Dutzende Medienunternehmen haben ihre Tätigkeit eingestellt. Viele hochrangige Journalistinnen sind aus dem Land geflohen oder halten sich derzeit versteckt und suchen nach einer Möglichkeit zu entkommen.

„Es ist sehr traurig und schmerzhaft für mich, an die Situation zurückzudenken, als ich ein 10-jähriges Mädchen war und die Taliban zum ersten Mal erlebte. Es war der schmerzhafteste Moment meines Lebens, zu sehen, wie sich die Geschichte für die Frauen hier wiederholt.“

ROSHAN SIRRAN, EHEMALIGE PARLAMENTSABGEORDNETE UND AKTIVISTIN



Roshan Sirran ist eine langjährige Frauenrechtsaktivistin und Geschäftsführerin der *Training Human Rights Association for Afghan Women*. Sie hat sich intensiv mit der Wahlrechtsreform befasst und sich für den Schutz der Frauenrechte im Friedensprozess eingesetzt. Sie war Mitglied des afghanischen Parlaments und gehörte in den 1980er Jahren der afghanischen Friedensdelegation an. Seit der zweiten Machtergreifung der Taliban sehen sich Aktivistinnen - insbesondere diejenigen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen - mit einem äußerst feindseligen Umfeld konfrontiert.

„Wäre ich unter den Taliban jung gewesen, hätte ich nicht einmal einen Bruchteil dessen erreichen können, was ich bisher erreicht habe. Die Taliban stellen das Konzept der sozialen Gerechtigkeit in Frage, und es gibt überhaupt keine soziale oder ethnische Gerechtigkeit.“

ZALA ZAZAI, LEITERIN DER KRIMINALPOLIZEI DER PROVINZ KHOST

Zala Zazai ist eine Polizeibeamtin, die als Leiterin der Kriminalpolizei der Provinz Khost und später als Ermittlerin für Verbrechen gegen Frauen tätig war. Mindestens vier afghanische Polizistinnen, darunter eine im achten Monat schwangere Frau, wurden Berichten zufolge seit der Machtübernahme durch die „Gotteskrieger“ von Taliban-Kämpfern getötet. Afghanische Polizistinnen laufen Gefahr, von denjenigen, die sie zuvor verhaftet haben - von denen viele in den Wirren der Taliban-Übernahme freigelassen wurden - sowie von konservativen Familien- oder Gemeindemitgliedern, die ihre Berufswahl missbilligen, bestraft zu werden.

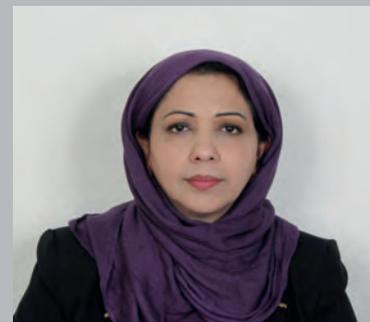
„Die internationale Gemeinschaft muss Druck auf die Taliban ausüben, um die Rechte der Frauen zu gewährleisten. Sie müssen alles tun um sicherzustellen, dass Frauen an der neuen Regierung beteiligt werden. Die Taliban können nicht die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans beseitigen. Frauen werden da sein und sollten da sein. Die Taliban haben keine andere Wahl, als die Frauen einzubeziehen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeit fortzusetzen und aktiv am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen.“



MASOUDA FAIZ, GYNÄKOLOGIN

Dr.ⁱⁿ Masouda Faizi ist eine erfahrene Medizinerin, die bereits mehrere hochrangige Positionen in medizinischen Einrichtungen innehatte. Sie ist auch im Vorstand des *Afghan Women's Network*. Ärztinnen gehören zu den wenigen Frauen, denen die Taliban erlauben zu arbeiten, aber sie sind jetzt in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt. Sie dürfen nur mit weiblichen Patienten arbeiten und scheinen von der Ausübung von Führungsaufgaben weitgehend ausgeschlossen zu sein. Ihre Aussichten auf Fortbildung oder beruflichen Aufstieg sind äußerst begrenzt oder gar nicht vorhanden.

„Vor dem August 2021 war ich eine unabhängige Ärztin, die frei reisen und ihrer Arbeit nachgehen konnte, aber nach dem 15. August war ich von männlichen Familienmitgliedern abhängig, die mich auf Reisen und sogar zur Arbeit begleiten mussten. Innerhalb eines Tages wurde ich von einer völlig unabhängigen Frau zu einer völlig abhängigen Frau, die ihr Haus nicht ohne ein männliches Familienmitglied verlassen konnte.“



MARIA KABIRI, SCHULLEITERIN UND PROFESSORIN

Maria Kabiri ist eine erfahrene Pädagogin, Professorin und Schulleiterin. Nach der Machtübernahme durch die Taliban wurde sie, wie viele andere Lehrerinnen im ganzen Land, aufgefordert, zu Hause zu bleiben. Der Ausschluss von Lehrerinnen aus dem Berufsleben bedeutet nicht nur, dass viele Frauen ihre Karriere und ihren Lebensunterhalt verlieren, sondern wird auch zu einem enormen Mangel an Lehrpersonal führen und den Zugang der Kinder zur Bildung beeinträchtigen.

„Nach der Machtübernahme der Taliban erhielten meine Kolleginnen und ich ein Arbeitsverbot. Selbst Frauen, die an Mädchengymnasien arbeiteten, durften nicht zu ihrer Arbeit gehen. In der gegenwärtigen Situation ist es Mädchen ab der sechsten Klasse verboten, zur Schule zu gehen, und auch Studentinnen an der Universität werden ihrer Ausbildung beraubt. Dies ist ein grober Verstoß gegen die Rechte der Frauen.“



NAHID RAHIMI, MITGLIED DES AFGHANISCHEN ROBOTIC-TEAMS

Nahid Rahimi studiert und arbeitet auf dem Gebiet der Robotik. Seit dem Taliban-Regime wurden Mädchen wie Nahid enorme Beschränkungen auferlegt, ihr Studium fortzusetzen, geschweige denn im Bereich der Wissenschaft und Technologie zu arbeiten. Die Taliban erklärten, dass Mädchen erst dann wieder ein Hochschulstudium aufnehmen können, wenn getrennte Klassen für Männer und Frauen eingerichtet werden. Darüber hinaus haben hochrangige Taliban-Führer das Konzept der akademischen Ausbildung kritisiert und erklärt, dass das Land keine Menschen mit Master-Abschlüssen oder Dokortiteln brauche und dass eine Ausbildung an religiösen Schulen vorzuziehen ist.

„Wir hatten viele Freiheiten, das Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, das Recht auf Eigentum und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Unsere Regierung war eine demokratische Regierung. Afghanische Frauen und Mädchen konnten ihre Rechte verteidigen.“



HEISSER ALS EIN MENSCH ERTRAGEN KANN



© Shakil Adil/Amnesty International

Im Vorfeld der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow zeigte ein neuer Fotoessay von Amnesty International die menschenrechtlichen Auswirkungen der Klimakrise. Die Sammlung *Unliveable for Humans* (Für Menschen unbewohnbar) dokumentiert auf eindringliche Weise den Alltag in Jacobabad, einer der heißesten Städte der Welt. Die Bilder und Erfahrungsberichte machen deutlich, wie unmittelbar sich das kollektive Versagen bei der Bewältigung der Klimakrise auf die Menschenrechte der Bewohner*innen von Jacobabad auswirkt.

JACOBABAD IN PAKISTAN IST HEISSER, ALS DER MENSCHLICHE KÖRPER VERKRAFTEN KANN. Jacobabad ist eine Stadt mit rund 200.000 Einwohner*innen in der pakistanischen Provinz Sindh, in der die Temperaturen in den letzten vier Sommern regelmäßig 50 Grad Celsius überschritten haben. Mindestens viermal seit 1987 haben die Temperaturen und die Luftfeuchtigkeit einen Schwellenwert erreicht, der von Expert*innen als „heißer als ein menschlicher Körper verkraften kann“ beschrieben wird. Damit ist Jacobabad eine von nur zwei Städten weltweit, die diesen wenig beneidenswerten Status erreicht haben.

Mehr Bilder aus Jacobabad und die Forderungen an die Staatengemeinschaft auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at)

VERZWEIFELTE VERSUCHE, DER SENGENDEN HITZE ZU ENTKOMMEN, PRÄGEN DEN ALLTAG DER MENSCHEN.

Das Leben in Jacobabad wird von dem Versuch beherrscht, der Hitze zu entkommen. Dafür setzen die Bewohner*innen alle verfügbaren Hilfsmittel ein, angefangen von Ventilatoren, die von Eseln angetrieben werden, bis zu riesigen Eisblöcken zur Kühlung der Böden. Um während des Arbeitstages einen kühlen Kopf zu bewahren, stellen sich Landarbeiter*innen häufig kurz unter Handpumpen, oder sie springen in schmutzige Abwässer, die sich auf den Feldern sammeln. Hautinfektionen sind nicht selten. Ein Bewohner von Jacobabad, Shah Bux, berichtete Amnesty International, dass „die Kinder in nassen Kleidern ins Bett gehen, um die Hitze zu bekämpfen. Nur so können sie schlafen.“ Die Bevölkerung von Jacobabad lebt in Armut und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen, die durch die sengende Hitze noch verschlimmert werden. Zu den am stärksten gefährdeten Bewohner*innen der Stadt gehören die rund 5.000 Ziegelerbeiter: unter freiem Himmel, oft ohne Schutz vor der Hitze, stellen sie an glühenden Öfen täglich etwa 1.000 Ziegel her – für weniger als 5 US-Dollar pro Tag. Die Frauen in der Stadt sind der extremen

Mit Bildern aus Jacobabad mahnte Amnesty International die Staaten der Weltklimakonferenz, sich zu menschenrechtskonformen Emissionsreduktionszielen zu verpflichten.

Hitze besonders ausgesetzt, da sie nicht den gleichen Zugang zu Kühlmöglichkeiten haben wie andere. Die gesellschaftliche Konvention verbietet es ihnen, in der Öffentlichkeit ein schnelles Bad zu nehmen oder in nahe gelegene Gewässer zu springen. Sie sind oft gezwungen, in stickigen Häusern zu schlafen, da sie im Freien geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind.

KINDER GEHEN NICHT MEHR ZUR SCHULE. Die fortschreitende Abholzung der Wälder, Energieversorgungsschwierigkeiten sowie der mangelnde Zugang zu Wasser und angemessenen Unterkünften machen es den Menschen in Jacobabad schwer, mit den extremen Wetterbedingungen zurechtzukommen. Die meisten Schulen haben keinen Strom und sind aufgrund fehlender öffentlicher Verkehrsmittel kaum erreichbar. Viele Kinder haben ihre Ausbildung abgebrochen, da sie in der Hitze weite Strecken zu ihren Schulen laufen müssten – die wiederum nur unzureichend ausgestattet sind, um sie vor den steigenden Temperaturen schützen zu können. Amnesty International fordert außerdem die pakistanischen Behörden auf, angemessene Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise zu ergreifen, um die Rechte der Menschen in Jacobabad vor dem Hintergrund steigender Temperaturen und immer häufigerer Tage mit unerträglicher Hitze wirksam zu schützen.

MENSCHENRECHTE UND KLIMAKRISE. Vor der Weltklimakonferenz COP26 in Glasgow rief Amnesty International die teilnehmenden Staaten dazu auf, sich zu ehrgeizigen und menschenrechtskonformen Emissionsreduktionszielen zu verpflichten, um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen.



Ein von einem Esel angetriebener „Ventilator“

© Shakil Adil/Amnesty International

Die vollständige Liste der Forderungen von Amnesty International enthält fünf zentrale Positionen zum Thema Menschenrechte und Klimakrise.

Pakistan wird voraussichtlich zu den Ländern gehören, die in den kommenden Jahrzehnten am stärksten von den steigenden Temperaturen betroffen sein werden. Jüngste gemeinsame Erkenntnisse der Asiatischen Entwicklungsbank und der Weltbank unterstreichen das erhöhte Risiko extremer Klimaereignisse und der Ernährungsunsicherheit.

Die pakistanische Regierung hat aktiv Maßnahmen zum Umgang mit der Klimakrise ergriffen. Dabei hat sie immer wieder auf ihre Anfälligkeit für die Klimakrise hingewiesen. Eine Reihe von neuen Maßnahmen im Zuge des Klimawandels wurde angekündigt, aber bisher konnten die Einwohner*innen von Jacobabad nicht davon profitieren. Die geplanten Aufforstungsprogramme sind noch nicht angelaufen und es gibt noch keine erneuerbaren und verlässlichen Energiequellen. Auch Hilfs- und Informationsangebote zur Bewältigung von Hitzewellen sind nach wie vor nicht verfügbar.

Kinder füllen Wasserflaschen vor einer geschlossenen Schule.

© Shakil Adil/Amnesty International



2 MILLIARDEN IMPFDOSEN IN 100 TAGEN!

Mit der 100-Tage-Countdown-Kampagne unterstützt Amnesty International das Ziel der Weltgesundheitsorganisation, bis Ende 2021 40 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gegen Corona zu impfen.

Die COVID-19-Impfung kann den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten. Trotzdem wird derzeit Millionen von Menschen auf der ganzen Welt der Zugang zu lebensrettenden Impfungen verwehrt. Pharmaunternehmen wie Pfizer, Moderna und Johnson & Johnson verhindern aktiv, dass andere Herstellerfirmen die dringend benötigten Impfstoffe produzieren und verkaufen ihre Impfstoffe weiterhin vorwiegend an reiche Staaten.

Pfizer und BioNTech hatten bisher allein an Schweden neunmal mehr Impfstoffe geliefert als an alle Länder mit niedrigem Einkommen zusammen.

Moderna hatte noch keine einzige Impfstoffdosis an ein Land mit niedrigem Einkommen geliefert und nur 12 % seiner Impfstoffe an

Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen abgegeben.

AstraZeneca lieferte die meisten Impfstoffe an Länder mit niedrigem Einkommen, verkaufte sie zum Selbstkostenpreis und hatte einige freiwillige Lizenzen an andere Hersteller vergeben. AstraZeneca hat sich jedoch geweigert, sein Wissen und seine Technologie mit WHO-Initiativen zu teilen, und hat sich gegen Bemühungen gewehrt, die eine Ausweitung der Produktion ermöglichen würden.

MILLIARDEN-PROFITE. Der US-Pharmakonzern Pfizer hat im dritten Quartal 14 Milliarden US-Dollar Umsatz mit Impfstoffen gemacht und wird aufgrund der Einführung des Corona-Impfstoffs bis zum Ende des Jahres 36 Milliarden US-Dollar mit dem Verkauf von

Lichtinstallation für Impfgerechtigkeit in Berlin

© Amnesty Deutschland



„Der scheinbar unstillbare Profitdurst großer Pharmaunternehmen wie Pfizer führt zu einer beispiellosen Menschenrechtskrise.“

Patrick Wilcken, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International

Impfstoffen verdienen. Gleichzeitig behindert er die Impfung von Millionen von Menschen weltweit.

Patrick Wilcken, Leiter der Abteilung Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International, sagt dazu: „Dass Pfizer in der Lage war, allein in den letzten drei Monaten Milliarden US-Dollar Umsatz zu machen, aber Milliarden von Menschen keinen Impfstoff zur Verfügung gestellt hat, ist ein Versagen von katastrophalem Ausmaß. Nicht nur ging der überwiegende Teil des Pfizer-Impfstoffs an Länder mit hohen und mittleren Einkommen, der Konzern hat sich auch geweigert, auf seine geistigen Eigentumsrechte zu verzichten und seine Impfstofftechnologie mit anderen zu teilen. Gleichzeitig erhielt er Vorbestellungen aus wohlhabenden Ländern und staatliche Gelder in Milliardenhöhe.“

REICHE STAATEN SITZEN AUF IMPFDOSEN. Mit der 100-Tage-Countdown-Kampagne unterstützt Amnesty International das Ziel der Weltgesundheitsorganisation, bis Ende 2021 40 % der Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gegen Corona zu impfen. Es sind nur noch wenige Tage bis zum Ende des Jahres. Für die Staaten sind das wichtige Tage, um dringend Hunderte von Millionen überschüssiger Impfdosen, auf denen sie sitzen, zu verteilen und für die Impfstoffentwickler, um sicherzustellen, dass mindestens die Hälfte der Dosen, die sie produzieren, an die weniger wohlhabenden Länder geht.

Patrick Wilcken: „Es ist noch nicht zu spät für Pfizer und andere große Pharmafirmen, das Richtige für die Menschheit zu tun und ihre Menschenrechtsverpflichtungen zu erfüllen. Die Pharmaindustrie muss aufhören, gegen die Ausnahmeregelung zu lobbyieren,

damit die weltweite Produktion angekurbelt und diversifiziert werden kann und jeder Mensch auf der Welt eine Chance auf den lebensrettenden Impfstoff erhält.“

Globale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und der Weltwährungsfonds (IMF) haben sich das Ziel gesetzt, dass bis Ende des Jahres 2021 40% der Bevölkerung in Staaten mit geringem Einkommen geimpft sein sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es zusätzliche 2 Milliarden Impfstoffdosen.

Amnesty fordert die Pharmafirmen auf, die Zeit bis zum Ende des Jahres zu nutzen, um ihren Teil dazu beizutragen, 2 Milliarden Impfstoffdosen für Menschen in ärmeren Ländern zur Verfügung zu stellen. Dies kann nur dann gelingen, wenn die Firmen mindestens 50% der produzierten Impfstoffe an ärmere Länder liefern.

G20-GIPFEL BLIEB VAGE. Die Abschlusserklärung des G20-Gipfels Ende Oktober zur Verbesserung des weltweiten Zugangs zu Covid-19-Impfstoffen ist bedauerlicherweise wenig detailliert, kritisierte Amnesty International. Nach der Veröffentlichung der Erklärung der G20-Staats- und Regierungschefs, in der versprochen wird, „Wege zu finden, um die weltweite Impfung zu beschleunigen“ und dem Ziel der WHO näher zu kommen, sagte Tamaryn Nelson, Beraterin von Amnesty International für das Recht auf Gesundheit: „Die Staats- und Regierungschefs der G20 scheinen die richtigen Dinge zu sagen - aber nach fünf Millionen Todesfällen ist das nicht gut genug. Diese vagen Versprechen sind ein Affront gegenüber denjenigen, die gestorben sind, und gegenüber allen, die immer noch in Angst vor Covid-19 leben.“

PETITION!

Auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at) findest du eine Petition für eine gerechte Verteilung von Covid-Impfstoffen.



SLOWAKEI

DER LANGE LEIDENSWEG ZWANGSSTERILISIERTER ROMA-FRAUEN

Von Lucia Zrnová, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Flucht & Migration. Lucia ist Juristin und lebt in Bratislava. Sie hat auch die Roma-Flagge gemalt.

Das Blau und das Grün stehen für Himmel und Erde. Das Chakra oder Speichenrad bezieht sich auf die indische Herkunft der Roma.

Eines der schlimmsten Kapitel der Rassen- und Geschlechterdiskriminierung von Roma-Frauen in der Slowakei ist die erzwungene und illegale Sterilisation von Roma-Frauen, eine Praxis, die gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Gesundheitsversorgung und die Gesundheit verstößt.

Die erzwungenen Sterilisierungen waren nicht nur in der Nazi-Zeit präsent, als sie als Instrument zur Verfolgung der Roma-Bevölkerung eingesetzt wurden, sondern blieben auch während des kommunistischen Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei in den 1970er und 1980er Jahren erhalten. Frauen, die sich freiwillig sterilisieren ließen, erhielten eine finanzielle Entschädigung. Das waren vor allem Frauen der Roma.

SCHWERE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN. Die Praxis der Zwangssterilisationen verschwand auch nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1989 nicht. Eine Forschungsarbeit der Menschenrechts-NGO *Poradňa pre občianske a ľudské práva* (Bürger- und Menschenrechtsberatungsstelle) aus dem Jahr 2003 dokumentierte zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an Roma-Frauen im Bereich der reproduktiven Rechte in der Ostslowakei, enthält Interviews mit den Frauen und deckt schwere Menschenrechtsverletzungen auf, zu denen erzwungene Sterilisa-

Zwangssterilisierte Roma-Frauen warteten seit Jahren auf Entschädigung und die Anerkennung des Unrechts, das ihnen angetan wurde

tion, Fehlinformationen in Einrichtungen für reproduktive Gesundheit und ein rassistisch diskriminierender Zugang zu Gesundheits- und Behandlungsdiensten gehören; physische und verbale Angriffe von Gesundheitsdienstleister*innen und Verweigerung des Zugangs zur medizinischen Dokumentation.

EINSCHÜCHTERUNG UND FALSCHER INFORMATIONEN. Diese Praxis wurde ohne qualifizierte Einwilligung nach Aufklärung durchgeführt, oder es wurde Druck durch das medizinische Personal ausgeübt, um eine Unterschrift und Zustimmung zur Sterilisation zu erhalten. Das Gesundheitspersonal gab zum Beispiel einschüchternde Informationen, um die Frauen dazu zu bringen, zu unterschreiben. Man warnte sie vor angeblichen Risiken einer weiteren Schwangerschaft oder dass sie an der nächsten Geburt sterben könnten. In manchen Fällen erhielten die Behörden die benötigte Unterschrift erst nach der Sterilisation oder die Frauen wurden überhaupt nicht informiert.

Die betroffenen Frauen, die vor den nationalen Gerichten eine Zivilklage auf Wiedergutmachung erhoben hatten, sahen sich langwierigen Verfahren gegenüber und erhielten am Ende des Gerichtsverfahren keine Entschädigung oder nur in einem Mindestbetrag.

Einige Frauen wandten sich an den Europä-

**Schon vor Jahren forderte Amnesty ein Ende
der Segregation von Romakindern an Schulen**
Kinderzeichnung © privat

ischen Gerichtshof für Menschenrechte. In einer der bekanntesten Fälle, *V.C vs. Slovakia*, stellte der Gerichtshof einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, Art. 3 (unmenschliche und erniedrigende Behandlung) und Art. 8 (Recht auf Privat- und Familienleben) fest und sprach der Beschwerdeführerin eine Entschädigung in der Höhe von 31.000 Euro zu.

RECHTSMITTEL UND ENTSCHÄDIGUNG. Seit einigen Jahren kritisieren internationale Organisationen die Slowakei für ihre Einstellung zu den illegalen Sterilisierungen von Roma-Frauen. Die Slowakei soll den Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln und zu angemessener Entschädigung für die betroffenen Frauen schaffen und das verantwortliche medizinische Personal strafrechtlich verfolgen und bestrafen.

Die NGO *Poradňa pre občianske a ľudské práva* kämpft seit langem für die Rechte dieser Frauen, dokumentiert diese Praktiken und vertritt sie in Gerichtsverfahren. Im Juli 2021 wurde der Ombudsmann (ein Bürgerbeauftragter, der in der slowakischen Rechtsordnung für den Schutz der Grundrechte zuständig ist) in der Causa tätig. Das Komitee des Nationalrates für Menschenrechte und nationale Minderheiten diskutierte in Anwesenheit von zwei Roma-Frauen, einem Vertreter der NGO *Poradňa pre občianske a ľudské práva* und des Ombudsmannes erstmals die Frage der Entschädigung für unrechtmäßige Sterilisationen. Das galt für die Betroffenen bereits als Fortschritt.

ENDLICH ENTSCULDIGUNG. Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Duna Mijatovic, sandte daraufhin einen Brief an das Justizministerium und die slowakische

Regierung, in dem sie einen wirksamen Mechanismus fordert, um eine schnelle und effiziente Umsetzung für Entschädigungen zu gewährleisten. Ein solches wirksames Mittel könnte die Annahme eines Gesetzes sein.

Am 24. November 2021 genehmigte das slowakische Kabinett endlich eine offizielle Entschuldigung der Regierung für das begangene Unrecht.

Eine weitere gute Nachricht: Nach 15 Jahren Prozess sprach das slowakische Landesgericht einer zwangssterilisierten Roma-Frau Schadensersatz zu.

Es ist klar, dass keine Entschädigung die psychischen Traumata und Schäden kompensieren kann. Den zwangssterilisierten Frauen wurde die Möglichkeit genommen, frei über ihre reproduktive Gesundheit, darüber schwanger zu werden und ein weiteres Kind zu bekommen, zu entscheiden. Viele sind nicht in der Lage, die Empörung, das Trauma und das Leid, das sie seit Jahren erleben, auszudrücken.



DISKRIMINIERUNG VON ROMA IN DER SLOWAKEI

Roma-feindliche Vorurteile und Diskriminierung waren nach wie vor weit verbreitet. Das zeigt sich auch daran, dass die Roma-Gemeinschaften während der COVID-19-Pandemie als Bedrohung der öffentlichen Gesundheit stigmatisiert wurden.

Als Reaktion auf das COVID-19-Virus gingen die Behörden mit unverhältnismäßigen und diskriminierenden Maßnahmen gegen Roma-Siedlungen vor.

Im April 2020 testeten die Behörden die Bewohner*innen einiger Roma-Siedlungen mit Hilfe der Armee auf COVID-19 und ordneten aus Gründen der öffentlichen Gesundheit die Zwangsquarantäne von fünf Siedlungen an. Die Rechtsgrundlage für diese obligatorischen Quarantänen, die von der Polizei und der Armee durchgesetzt wurden, war unklar, was den Verdacht einer willkürlichen Inhaftierung aufkommen ließ.

Im Juli schrieb das Bildungsministerium an die Europäische Kommission bezüglich des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Slowakei wegen systematischer Diskriminierung und Segregation von Roma-Kindern in Schulen. In dem Schreiben räumte die Regierung das Vorhandensein von Rassentrennung im Bildungswesen in der Slowakei ein und stellte eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die Ausarbeitung einer rechtlichen Definition von Segregation.

Aus dem Amnesty-Report 2020

FRAUENHANDEL IST MODERNE SKLAVEREI

Weltweit werden Milliarden Gewinne daraus gezogen, dass Menschen unter sklaverie-ähnlichen Bedingungen leben und arbeiten müssen. In Österreich hilft der Verein LEFÖ-IBF Betroffenen von Frauenhandel.

Menschenhandel (human trafficking) stellt eine mehrfache Menschenrechtsverletzung dar und betrifft v.a. Frauen und Kinder. Frauenhandel bedeutet nach LEFÖ-Definition, dass Frauen aufgrund von Täuschungen und falschen Versprechungen migrieren und im Zielland in eine Zwangslage gebracht werden. Dann werden sie aufgrund ihrer rechtlosen Situation zur Ausübung von Dienstleistungen gezwungen und von Ehemännern oder Arbeitgeber*innen ihrer persönlichen oder sexuellen Integrität beraubt.

TRANSIT- UND ZIELLAND. Österreich spielt durch seine zentrale Lage in Europa eine Rolle als Transit- und als Zielland für Menschenhandel. Die Betroffenen werden oft mit Aussichten auf Arbeit oder Ausbildung zum Verlassen ihres Landes verleitet und treten in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft eine Reise ins Ungewisse an. Die Herkunftsländer von den in Österreich betroffenen Frauen liegen breit gestreut in Afrika, Osteuropa, Asien. Im Jahr 2020 stammten die Frauen aus 44 verschiedenen Ländern. Überall, wo es Krisen gibt, die Menschen bedrohen oder ihnen die Lebensgrundlage entziehen, nimmt der Menschen-



Mein Arbeitgeber hat meine Dokumente weggenommen. / Ich habe gefälschte Dokumente bekommen.

handel zu. Je vulnerabler Frauen aufgrund ihres Alters, ihres Bildungsstatus, ihrer sozialen oder politischen Teilhabe sind, desto eher werden sie Opfer von Ausbeutung. Die Täter*innen zwingen die Frauen oftmals aufgrund ihrer unsicheren rechtlichen Situation durch Ausnützung einer Autoritätsstellung, unter Drohung oder mit Gewalt zu Arbeiten oder zu sexuellen Dienstleistungen, um daraus Profit zu schlagen. Oft werden den Frauen die Dokumente abgenommen



I cannot see a doctor when I am sick. / I do not have a health insurance. / I cannot decide about my own body.

und ihr Kontakt zur Außenwelt unterbunden. Es kann Hausangestellte in Diplomatenhaushalten ebenso betreffen wie Au-Pairs, Arbeiterinnen in Landwirtschaft, Gastgewerbe oder Industrie. Frauen, die zur Prostitution oder zur Bettelerei gezwungen werden. Menschenhandel ist eine moderne Form der Sklaverei.

Traurigerweise werden weltweit Milliarden Gewinne daraus gezogen, dass Menschen unter sklaverieartigen Bedingungen leben und arbeiten müssen.

Beim Cybersex-Trafficking stellen Menschenhändler Fotos und Videos ihrer Opfer gegen Bezahlung in einschlägigen Foren aus.



Ich werde bedroht. / Meine Familie wird bedroht. / Ich werde geschlagen, beschimpft, eingeschüchtert, missbraucht. / Ich werde wegen meiner Herkunft, Kultur, Religion, Behinderung beschimpft.

DER VEREIN LEFÖ (Lateinamerikanische emigrierte Frauen in Österreich) hat eine Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (IBF) eingerichtet, die eine anerkannte Opferschutzeinrichtung nach §25 des Sicherheitspolizeigesetzes und Teil der nationalen Taskforce zur Bekämpfung des Menschenhandels ist.

LEFÖ arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres und des Bundeskanzleramts und ist bundesweit tätig.

Der Verein LEFÖ wurde 1985 gegründet, in einer Zeit, als vermehrt Frauen aus lateinamerikanischen Ländern nach Österreich migriert bzw. exiliert sind und es hier kein entsprechendes Angebot für sie gab. Gemeinsam mit der damaligen feministischen Bewegung haben sie um rechtliche Rahmenbedingungen gekämpft, so auch für die Rechte von Migrantinnen, die in Österreich ausgebeutet wurden. Erst im Jahr 2000 wurde mit dem Palermo Protokoll eine internationale Definition für „Menschenhandel“ von den Vereinten Nationen beschlossen.

Der gemeinsame Kampf von migrantischen und österreichischen Feministinnen hat Verbesserungen für alle Frauen erwirkt.

LEFÖ-IBF bietet Betroffenen psychosoziale und rechtliche Beratung an sowie Zugang zu medizinischer Versorgung, unterstützt bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, kann Schutzwohnungen zur Verfügung stellen und Prozessbegleitungen durchführen. Beratung in der Erstsprache, die auch den soziokulturellen Kontext kennt und miteinbezieht, ermöglicht einen niederschweligen Zugang zum Angebot.

BEDINGUNGSLOS UND ANONYM. Es geht um die bedingungslose und anonyme Unterstützung der Frauen – im Unterschied zu rechtlichen Ansprüchen, die meist an Bedingungen geknüpft sind.

Der Zugang zu staatlichen Rechten ist von der Glaubwürdigkeit der befragten Personen abhängig und dadurch erschwert, dass Betroffene oft keine Identifikationsdaten der Täter haben. Wer nicht an einem Strafverfahren teilnimmt – etwa aus Angst vor Vergeltung,



Ich kann nicht weggehen. / Ich muss meinem Arbeitgeber wegen Reisekosten und/oder der Unterbringung Schulden zurückzahlen. / Ich habe keinen Reisepass/Ausweis.

kann nicht den rechtlichen Opferstatus erhalten und hat somit keinen Aufenthaltstitel. Oft ist ein langfristiger Aufenthaltstitel daran gebunden, eine*n Arbeitgeber*in zu haben – was die Abhängigkeit im Arbeitsverhältnis erhöht.

LEFÖ-IBF ist auch eine Anlaufstelle für Personen, die in ihrem Umfeld Betroffenheit von Menschenhandel vermuten und Rat und Information suchen.

Der Artikel von Ruth Strehl ist entstanden auf Basis eines Gesprächs mit Isabella Chen, Stv. Leiterin von LEFÖ-IBF am 3.11.2021.

Weitere Informationen: lefoe.at/ibf

GEWALTSCHUTZ BRAUCHT MEHR GELD

18,4 Millionen Euro für Frauen und Gleichstellung – ein Budget, das zufriedenstimmt? Mitnichten, meint die *Allianz GewaltFREI leben*.

Die Allianz GewaltFREI leben ist ein Zusammenschluss von österreichischen Opferschutzeinrichtungen und Zivilgesellschaftsorganisationen, die sich der Verbesserung des Gewaltschutzes in Österreich widmet.

Gespannt hatte die *Allianz GewaltFREI leben* den Tag im November erwartet, an dem im Parlament das Budget für Frauen und Gleichstellung diskutiert wurde. Die Veranschlagung von 18,4 Millionen Euro ließ die Frauenministerin Susanne Raab geradezu triumphieren, wurde das Budget im Frauenressort in Raabs bisheriger Amtszeit von etwa 10 auf nun circa 18 Millionen Euro aufgestockt.

Die Mitglieder der *Allianz GewaltFREI leben* sehen die Erhöhung zwar als wichtigen Schritt, doch angesichts der Tatsache, dass im heurigen Jahr bereits 25 Frauen von

ihren (Ex-)Partnern ermordet, und weit über 40 Frauen beinahe getötet wurden, sehen sie sich gezwungen, erneut auf ihre Forderung hinzuweisen, die Istanbul-Konvention, die Österreich schon im Jahr 2013 ratifiziert hat, endlich umfassend umzusetzen.

18,4 Millionen Euro für 2022 scheinen auf den ersten Blick nicht wenig, doch da diese Summe gerade einmal 0,02 % des Gesamtjahresbudgets ausmacht, hält sich die Begeisterung auf Seiten von Frauen- und Opferschutzeinrichtungen zwangsläufig in Grenzen.

DER GEFÄHRLICHSTE ORT FÜR FRAUEN ist das eigene Zuhause und was nützt ein Budget von 2,7 Milliarden Euro für die Landesverteidigung, wenn der Feind im eigenen Bett liegt? Anlässlich der Budgetverhandlungen erinnerte die *Allianz GewaltFREI leben* an ihre Forderung nach einer Erhöhung des Budgets auf 228 Millionen Euro jährlich plus 3.000 zusätzliche Vollzeitstellen für Gewaltprävention.

Auch die Lohnschere zwischen Frauen und Männern klappt in Österreich nach wie vor gewaltig auseinander – der Equal Pay Day fiel heuer auf den 25. Oktober 2021. Seit diesem Tag arbeiten Frauen bis zum Jahresende gratis, und ökonomische Abhängigkeiten begünstigen zwangsläufig Gewaltbeziehungen. Das anberaumte Budget für Frauen und Gleichstellung beläuft sich auf etwa vier Euro pro Frau und Mädchen in Österreich – in Wien reicht dies in etwa für eine Hin- und Rückfahrt ins Frauenhaus.

Seit Jahren bleibt zudem der Hilfeschrei nach einem Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen ungehört.

Aus einer Presseaussendung der Allianz GewaltFREI leben vom 11.11. 2021



Rosa Logar, Pionierin der Frauenhäuser und Geschäftsführerin der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie bei einem Protest zu den unzureichenden Mitteln für Gewaltschutz

© Bettina Frenzel

DEIN EINSATZ WIRKT

Danke für Deine Unterstützung!

TÜRKEI. Ein Gericht in der türkischen Hauptstadt Ankara hat im Oktober 18 Studierende und ein Mitglied des Lehrpersonals freigesprochen. Sie standen unter Anklage, weil sie an einer Pride-Parade auf dem Campus ihrer Uni im Mai 2019 teilgenommen hatten. Mit Pfefferspray, Gummigeschossen und Tränengas reagierte die Polizei im Mai 2019, als Melike Balkan und Özgür Gün und weitere Mitglieder der LGBTI-Solidaritätsgruppe der Middle East Technical University (METU) in Ankara ihre jährliche Kundgebung abhalten wollten.

Die Polizei nahm mindestens 23 Studierende sowie ein Mitglied des Lehrpersonals fest. Gegen 18 Studierende und die Lehrperson wurde anschließend Anklage erhoben, obwohl diese lediglich ihr Recht auf friedlichen Protest wahrgenommen hatten. Ein Gericht in Ankara hat schließlich alle Angeklagten freigesprochen.

RUSSLAND. Die Menschenrechtsverteidigerin Valentina Chupik wurde aus der Haft am



© RFE/RL

Moskauer Flughafen Scheremetjewo entlassen und konnte am 2. Oktober nach Armenien fliegen.

Die russischen Behörden hatten sie seit dem 25. September in der Transithalle des Flughafens festgehalten, weil ihr der Flüchtlings-

status in Russland entzogen worden war. Ihr drohte die Abschiebung nach Usbekistan, wo sie der Gefahr von Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt gewesen wäre.

SCHWEIZ. Das Schweizer Parlament hat im Oktober eine wichtige Entscheidung über die Regeln zur Ausfuhr von Waffen getroffen und damit eine von Amnesty International seit langem geforderte Korrektur vorgenommen.



In Zukunft sind Waffenexporte in Länder, welche die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen oder in einen Bürgerkrieg verwickelt sind, ohne Ausnahme verboten.

ÄGYPTEN. Seit Jahrzehnten vertritt und berät die Menschenrechtsanwältin Azza Soliman Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt, Vergewaltigung, Folter oder willkürlicher Haft wurden. Nur aufgrund ihrer Arbeit wird sie von den ägyptischen Behörden eingeschüchert und schikaniert und zuletzt wegen Steuerverhinderung und Verleumdung des ägyptischen Staats angeklagt. Im September wurden die Ermittlungen gegen Azza Soliman endlich eingestellt.



© IN-LIGHTING

ATENA DAEMI NICHT VERGESSEN



Die Menschenrechtsverteidigerinnen Atena Daemi und Golrokh Ebrahimi Iraee müssen eine ungerechte Strafe weitab von ihrem Heimatort abbüßen.

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief möglichst sofort ab.

Atena Daemi verbüßt nach einem unfairen Verfahren wegen konstruierter Vorwürfe, wie „Versammlung und Konspiration zu Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ eine siebenjährige Haftstrafe. Grund sind ihre friedlichen Menschenrechtsaktivitäten. Atena Daemi wurde am 16. März 2021 in Handschellen und Fußfesseln vom Evin-Gefängnis in Teheran ins Lakan-Gefängnis in Rascht gebracht.

Sie war zuvor weder über ihre Verlegung informiert worden, noch durfte sie ihrer Familie telefonisch Bescheid geben. Rascht ist die Hauptstadt der iranischen Provinz Gilan und befindet sich 330 Kilometer nörd-

lich von Teheran, wo Atena Daemis Familie lebt. Sie und Golrokh Ebrahimi Iraee waren am 17. Juni 2019 wegen „Beleidigung des Obersten Religionsführers“ und „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ zu weiteren drei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Grund dafür war, dass sie im Evin-Gefängnis die Revolutionshymne „Oh martyrs“ gesungen hatten, um gegen die Hinrichtung der Kurden Zanyiar Moradi, Loghman Moradi und Ramin Hossein Panahi zu protestieren. Zudem hatten sie offene Briefe zu den Hinrichtungen und auch zu ihren Haftbedingungen an die Behörden geschrieben.

IRANISCHE BEHÖRDEN VERHÖHNEN DIE JUSTIZ

Die iranischen Behörden machen die Jugendgerichtsbarkeit zur Farce und führen die Öffentlichkeit und die internationale Gemeinschaft in die Irre, indem sie öffentlich behaupten, dass die endgültige Entscheidung über die Vollstreckung oder den Aufschub der Hinrichtung von Arman Abdolali, der zur Tatzeit noch minderjährig war, nicht in ihren Händen liege und dass sie ihr Bestes getan hätten, um zu vermitteln, damit die Familie des Opfers im Austausch gegen „Blutgeld“ (diyah) begnadigt wird. Amnesty International unterstreicht, dass diese offiziellen Behauptungen unehrlich sind und einen grundlegenden Mangel an Respekt für die Rechte von Kindern durch die iranischen Behörden widerspiegeln. Tatsache ist, dass

Arman Abdolali der Galgen droht, weil iranische Gerichte ihn - unter eklatanter Verletzung des Völkerrechts und ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte - zum Tode verurteilt haben. Im September 2020 verurteilte das Strafgericht der Provinz Teheran Arman Abdolali zum Tode, nachdem es zu dem Schluss gekommen war, dass er zur Tatzeit „geistig reif“ gewesen sei.

Nach einem weltweiten Aufschrei verschoben die Behörden seine Hinrichtung im Oktober 2021 mehrfach. Amnesty fordert ein faires Wiederaufnahmeverfahren in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Jugendgerichtsbarkeit.

ZHANG ZHANS LEBEN IST IN GEFAHR



Die Bürgerjournalistin Zhang Zhan kritisierte den Umgang der chinesischen Behörden mit dem Coronavirus und wurde zu vier Jahren Haft verurteilt.



Als im Februar 2020 das Coronavirus in Wuhan wütet, ist die Bürgerjournalistin Zhang Zhan eine der wenigen unabhängigen Stimmen, die von dort berichten. Für diese Berichterstattung ist sie zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Um gegen das Urteil zu protestieren und zu zeigen, dass sie unschuldig ist, trat Zhang Zhan in einen Hungerstreik, der lebensbedrohlich ist.

Im Februar 2020 reist sie nach Wuhan, weil sie unbedingt in Erfahrung bringen möchte, was dort wirklich passiert. „Wir sollten die Wahrheit herausfinden – um jeden Preis“, so Zhang Zhan.

ZENSUR UND STRAFEN. Die Behörden hatten versucht, die Informationen über den Ausbruch des Coronavirus in Wuhan von Anfang an zu zensieren. Dr. Li Wenliang, der als Erster versucht hatte, andere vor dem Virus zu warnen, wurde sofort zum Schweigen gebracht und von den Behörden wegen „Verbreitung von Gerüchten“ bestraft. Er starb im Februar 2020 an Covid-19.

Seit dem Ausbruch der Pandemie in China wurden zahlreiche Artikel über das Virus zensiert. Kritische Beiträge in den sozialen Medien, sensible Hashtags und Forderungen nach Meinungsfreiheit werden schnell gelöscht oder zensiert.

Zhang Zhan veröffentlichte ihre Berichte über die Inhaftierung unabhängiger Reporter*innen und darüber, wie Staatsbedienstete Familienangehörige von Corona-Patient*innen schikanieren, auf Social Media-Plattformen.

IN WUHAN VERSCHWUNDEN. Im Mai 2020 verschwindet Zhang Zhan in Wuhan. Die chinesischen Behörden bestätigen später, sie sei in Shanghai in Haft.

Nachdem sie im Juni 2020 aus Protest gegen ihre Inhaftierung in den Hungerstreik getreten ist, soll sie von Beamt*innen zwangsernährt worden sein. Sie muss Fußfesseln tragen, auch ihre Hände waren mehr als drei Monate pausenlos gefesselt. Zhang Zhan ist Ende Juli 2021 wegen starker Mangelernährung in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Ihr Gewicht liegt unter 40 kg. Die Behörden verweigern ihr Besuche ihrer Familie und den Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl – so bleibt sie dem Risiko weiterer Folter und anderer Misshandlungen ausgesetzt.

DU KANNST ZHANG ZHAN AUCH EINE BOTSCHAFT SCHICKEN, die ihr zeigt, dass sie nicht allein ist. Du kannst ihr zum Beispiel schreiben:

„Zhang Zhan, your tireless work for the truth is an inspiration to many people. We will continue to support you and look forward to the day when you regain your freedom. Do not lose hope!“

Schicke Deine Nachricht an:

Zhang Zhan, No 1601, Zhangjing Road, Sijing Zhen, Songjiang Qu, Shanghai 201601, Volksrepublik China.

Amnesty International solltest Du auf keinen Fall erwähnen.

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief im Dezember ab.

Zhan Zhan muss Fußfesseln tragen. Auch ihre Hände waren monatelang gefesselt.

© privat





Kurz bevor das Foto auf dem Balkon von Jannas Haus gemacht wird, erleben sie und ihre Mutter entsetzt, wie ein junger Mann erschossen und von seinen Freunden weggetragen wird.

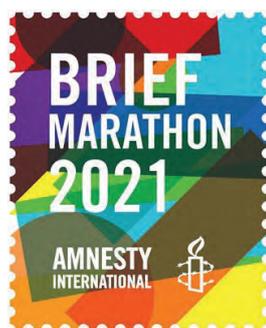
© Tanya Habjouqa/NOOR

ISRAEL & BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

JANNA JIHAD: TODESDROHUNGEN, WEIL SIE GEWALT DOKUMENTIERT

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief noch im Dezember ab.



Beim BRIEFMARATHON bündelt Amnesty weltweit alle Kräfte und erreicht so positive Veränderungen für Menschen. Zu Unrecht Inhaftierte werden freigelassen, Verantwortliche vor Gericht gestellt und für Menschen im Gefängnis verbessern sich die Haftbedingungen.

„Ich möchte so leben wie alle anderen Jugendlichen auch“, sagt Janna Jihad. Die 15-Jährige berichtet mit journalistischen Mitteln über ihren Alltag im Westjordanland, das von Israel besetzt ist. Wegen dieser Arbeit wird Janna schikaniert und erhält sogar Todesdrohungen.

Als Janna sieben Jahre alt ist, tötet die israelische Armee ihren Onkel. Etwa zu dieser Zeit beginnt sie ihre Arbeit als Reporterin: Mit einem Handy zeichnet Janna Repressionen auf, Tötungen und Kollektivstrafen, die sie und ihre Gemeinschaft erleben. Über ihre Social Media-Kanäle zeigt sie der Welt, wie das Leben in den besetzten Gebieten ist.

TRAUMATISIERTE KINDER. Kinder und Jugendliche sind besonders hart betroffen – viele werden traumatisiert oder sogar getötet. Die israelischen Sicherheitskräfte führen zum Beispiel nächtliche Razzien durch, setzen willkürlich Waffen wie Tränengas ein, zerstören Wohnhäuser und Schulen und schlagen Proteste von Palästinenser*innen nieder, die für ihre Rechte auf die Straße gehen. Unter den Palästinenser*innen, die festgenommen und vor Militärgerichte gestellt werden, sind regelmäßig Kinder und Jugendliche. Denn für palästinensische Kinder und Erwachsene wird das drakonische Militär-

recht angewandt.

„Ich möchte in meinem Heimatland Freiheit erleben. Ich möchte Gerechtigkeit, Frieden und Gleichberechtigung erleben und nicht mehr systematischem Rassismus ausgesetzt sein“, sagt Janna.

Israel hat zwar das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes unterzeichnet, die Schutzmaßnahmen gelten bisher aber nicht für die palästinensischen Kinder und Jugendlichen im Westjordanland. Weil Janna weiterhin engagierten Journalismus betreibt, wird sie schikaniert und mit dem Tode bedroht. Fordere die Knesset auf, die Diskriminierung von Janna zu beenden und sie und die anderen palästinensischen Minderjährigen so zu schützen, wie es das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes verlangt.

SCHICKE JANNA EINE BOTSCHAFT der Solidarität und Hoffnung. Fotografiere Deine Nachricht und poste sie auf Jannas Facebook-Seite: www.facebook.com/Janna.Jihad

Schicke das Foto auch an folgende Adresse: Amnesty International
6 Ibn Jubair Street
Shiekh Jarrah
PO BOX 42626
Jerusalem, Israel

JUNGER AKTIVISTIN DROHT LEBENSLANGE HAFT

Die Studentin Panusaya Sithijirawattanakul, genannt Rung, ist wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und war dafür im Gefängnis.



Panusaya Sithijirawattanakul, genannt Rung, ist die Stimme der Student*innenproteste in Thailand. Nachdem sie öffentlich soziale Verbesserungen sowie Reformen für Monarchie und Verfassung gefordert hat, droht ihr lebenslängliche Haft.

„Bescheiden und still“ sei sie gewesen, sagt die Studentin der Soziologie und Ethnologie Rung. Heute ist sie eine Wortführerin der thailändischen Demokratiebewegung: Nachdem sie 2020 das ganze Jahr über mutig an Protesten für soziale und politische Reformen teilgenommen hatte, forderte sie im August 2020 bei einer Kundgebung Gleichheit, Meinungsfreiheit und sogar eine Reform der Monarchie. Rung ist die erste Person, die diese Forderung öffentlich auszusprechen wagte. Das machte sie im ganzen Land bekannt. Als lautstarke Verfechterin von Gleichberechtigung und freier Meinungsäußerung, wendet sich gegen die Anwendung des drakonischen Gesetzes der Majestätsbeleidigung - das Kritik an der Monarchie unter Strafe stellt - um regierungskritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

HUNGERSTREIK IN DER HAFT. Im März 2021 ist sie von der thailändischen Polizei festgenommen worden. Sie kam für 60 Tage in Haft und infizierte sich dort mit dem Coronavirus. „In Thailand werden Menschen, die eine bessere Gesellschaft wollen ins Gefängnis gesteckt. Sobald du das Gefängnis betrittst, hast du nicht mehr das Gefühl, dass du als Mensch noch intakt bist“, sagt sie. Weil die Behörden ihre Anträge auf Freilassung gegen Kautions sechsmal ablehnten, trat Rung in einen 38-tägigen Hungerstreik. Am 30. April kam sie auf freien Fuß. Doch die Behörden haben Dutzende Anklagen gegen Rung erhoben. Grundlage dafür

ist das thailändische Gesetz gegen Majestätsbeleidigung, das jegliche Kritik an der Monarchie unterbinden soll. Sollte Rung schuldig gesprochen werden, droht ihr eine lebenslängliche Haft.

WENDE DICH AUCH DIREKT AN RUNG!

Schicke ihr eine Botschaft der Solidarität und Hoffnung.

Füge ein gemaltes Bild oder ein Foto eines Regenbogens bei, denn ihr Name bedeutet Regenbogen.

Schicke Deine Botschaft per Post an:
Amnesty International Thailand
139/21, Soi Lat Phrao 5
Chom Phon, Chatuchak
Bangkok 10900, Thailand

SETZ DICH EIN!
Bitte schick den Appellbrief noch im Dezember ab.



Panusaya Sithijirawattanakul ist die Stimme der Student*innenproteste in Thailand.

© Yostorn Triyos/Amnesty International



Die Frau hat Jahrhunderte lang als Lupe gedient, welche die magische und köstliche Fähigkeit besaß, den Mann doppelt so groß zu zeigen, wie er von Natur aus ist.

Virginia Woolf, britische Schriftstellerin
1882 – 1941

LESE-TIPP: an.schläge. Vor über 35 Jahren gegründet, ist das feministische Magazin *an.schläge* ein besonderes Projekt in der deutschsprachigen Medienlandschaft.

Auch wenn zentrale Forderungen der Frauenbewegung in diesem Zeitraum den medialen Male- und Mainstream erreicht haben – von einer gleichberechtigten Gesellschaft sind wir leider noch weit entfernt.

Die *an.schläge* beleuchten daher das aktuelle politische, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen aus einer konsequent feministischen Perspektive. Das Magazin greift außerdem Themen auf, die sonst kaum vorkommen: Es berichtet über sozialen Protest und „Politik von unten“, schreibt über Körper, Sex und Selbstbestimmung, analysiert die Entwicklungen in der neuen Arbeitswelt, nimmt wissenschaftliche Diskurse kritisch unter die Lupe und porträtiert upcoming female Artists aus Kunst & Pop.

anschlaege.at

KEINE GEMEINSAME OBSORGE BEI GEWALT.

Die Frauenlandesrätinnen der Bundesländer haben einen Vorstoß bezüglich der gemeinsamen Obsorge eines Paares im Falle von Gewaltausübung unternommen. Frauenministerin Susanne Raab wurde in einem gemeinsamen Beschluss ersucht, im Zuge der Novellierung des Kindschafts- und Namensrechtsänderungsgesetzes die gemeinsame Obsorge von Kindern zu überdenken, wenn ein Elternteil gewalttätig geworden. Der Antrag kam von Burgenlands Landeshauptmannstellvertreterin und Frauenlandesrätin Astrid Eisenkopf. „Eine derartige Änderung würde einen nachhaltigen Gewaltstopp und mehr Sicherheit für die Opfer bringen“, argumentierte sie. Weitere Anliegen der Konferenz der Frauenreferentinnen: Sie fordern einen neuen, einen echten Gewaltschutzdialog – einen regelmäßigen, strukturell verankerten Austausch zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung. Und - die Budgetmittel des Bundes für die Akuthilfe deutlich auszuweiten.

Quelle: *die standard.at*



CATCALLS OF VIENNA macht verbale sexuelle Belästigung, sogenanntes Catcalling, in der Öffentlichkeit sichtbar. Die Aktivist*innen der Initiative schreiben anzügliche und beleidigende Sprüche und Aufforderungen, die Frauen und Mädchen ihnen melden, am Ort der verbalen Übergriffe auf den Gehsteig oder den öffentlichen Platz. Aufmerksamkeit erzeugen für solche Vorfälle ist das Ziel der Initiative. Denn drei Viertel der Frauen erleben sexuelle Belästigung. Sichtbar werden die derben Sprüche auch auf Facebook und Instagram gemacht. Vorbild waren die Catcalls of New York. Die Aktivist*innen von „Catcalls of Vienna“ unterstützen auch eine Petition, in der es darum geht, sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum strafbar zu machen.

[instagram.com/catcallsof.vie/](https://www.instagram.com/catcallsof.vie/)

SLOWAKEI- KEINE VERSCHÄRFUNG BEI SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH.

Eine umstrittene Verschärfung des Gesetzes zu Schwangerschaftsabbruch wurde vom slowakischen Parlament knapp verhindert. Von 134 anwesenden Abgeordneten stimmten im November nur 67 für einen von konservativen Politiker*innen eingebrachten Gesetzesantrag. Dagegen stimmten 38 Parlamentarier*innen, der Rest enthielt sich der Stimme. Der als „Gesetz zur Hilfe für schwangere Frauen“ eingebrachte Vorschlag sah unter anderem eine Verlängerung der vorgeschriebenen „Bedenkzeit“ vor einem Abbruch auf 96 Stunden sowie ein „Verbot von Werbung für Abtreibungen“ vor. Frauenorganisationen und Amnesty International hatten kritisiert, mit dem geplanten Gesetz würde Frauen in Notsituationen der ohnehin schwierige Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen weiter erschwert.

Absender*in:

Oberste Justizautorität
G. Mohseni Ejei
c/o Permanent Mission of Iran to the UN
Chemin du Petit-Saconnex 28
1209 Geneva
SCHWEIZ

Your Excellency,

I am writing to express my concern for human rights activists **Atena Daemi and Golrokh Ebrahimi Iraee**. Atena Daemi was sentenced to a total of ten years and three months in prison, solely because of her peaceful human rights activities and after an unfair trial. On 16 March 2021, she was transferred from Evin Prison in Tehran to Lakan Prison in Rasht, which is 330 kilometers away from her family. She was transferred without notice and in handcuffs and ankle chains. Golrokh Ebrahimi Iraee is also imprisoned for her activism and was transferred to a different prison recently.

I urge you to immediately and unconditionally release Atena Daemi and Golrokh Ebrahimi Iraee, as they are prisoner of conscience detained solely for exercising their rights to freedom of expression and assembly, and for their peaceful human rights work. Pending their release, please transfer them to a prison closer to where their families live.

Yours sincerely,

Exzellenz,

ich schreibe Ihnen, um meine Sorge um die Menschenrechtsaktivistinnen Atena Daemi und Golrokh Ebrahimi Iraee zu bekunden. Atena Daemi wurde zu insgesamt zehn Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt, nur aufgrund ihrer friedlichen Menschenrechtsaktivitäten und nach einem unfairen Verfahren. Außerdem wurde sie am 16. März 21 vom Evin-Gefängnis in Teheran in das Lakan-Gefängnis in Rascht verlegt, welches 330 Kilometer von ihrer Familie entfernt ist. Sie wurde ohne Vorankündigung in Handschellen und Fußfesseln verlegt und durfte ihre Familie nicht telefonisch darüber informieren. Auch Golrokh Ebrahimi Iraee befindet sich wegen ihres Aktivismus im Gefängnis und wurde kürzlich verlegt.

Ich fordere Sie dringend auf, Atena Daemi und Golrokh Ebrahimi Iraee umgehend und bedingungslos freizulassen, da sie gewaltlose politische Gefangene sind, die nur aufgrund der Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit inhaftiert sind. Außerdem bitte ich Sie bis zu ihrer Freilassung um eine Verlegung in ein Gefängnis, welches sich näher am Wohnort ihrer Familien befindet.

Mit freundlichen Grüßen,

Absender*in:

President Xi Jinping
President of the People's Republic
of China
c/o BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK
CHINA
Metternichgasse 4
1030 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident,

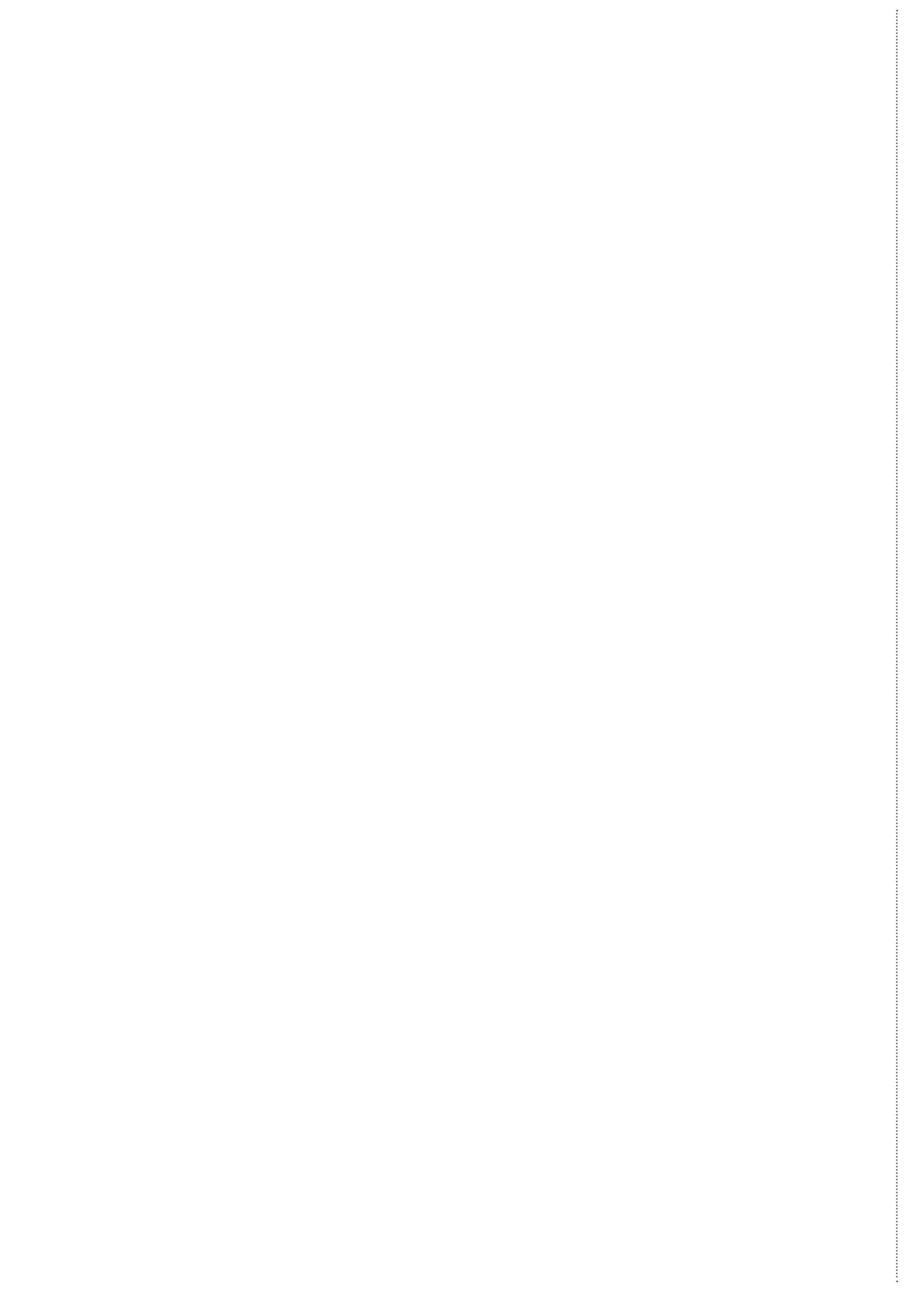
Zhang Zhan zeichnet sich durch den Mut investigativer Journalist*innen aus, die die Mächtigen mit der Wahrheit konfrontieren. Bürgerjournalist*innen wie sie boten als einzige unzensurierte, unabhängige Informationen aus erster Hand über den Ausbruch der Covid-19-Pandemie.

Trotz ständiger Schikanen und Repressionen veröffentlichten sie Berichte in den sozialen Medien und im Internet. Doch anstatt sie dafür zu loben, wurde Zhang Zhan zu vier Jahren Haft verurteilt, dabei hat sie nur über das berichtet, was sie in Wuhan sah.

Wenn die chinesischen Behörden Covid-19 wirklich ernsthaft bekämpfen und ähnliche Ausbrüche in Zukunft verhindern wollen, müssen sie die Zensur stoppen und das Recht auf freie Meinungsäußerung respektieren.

Ich fordere Sie deshalb auf, Zhang Zhan unverzüglich und bedingungslos freizulassen.

Hochachtungsvoll,



Absender*in:

Chair
Special Committee for the Rights
of the Child
Kiryat Ben-Gurion
Jerusalem
Israel

Dear Special Committee on the Rights of the Child in Israel's Parliament,

Janna Jihad wants to have a normal youth. But the 15-year-old lives in the Israeli-occupied West Bank, where systematic discrimination and oppression are part of everyday life.

After the Israeli army killed Janna's uncle in front of her eyes, she started working as a citizen journalist. She documents the Israeli army's oppression and violence against the Palestinian population, including minors, which regularly results in fatalities.

Israel has signed the UN Convention on the Rights of the Child, but the protection does not yet apply to Palestinian children and youth in the West Bank. Because Janna continues to do dedicated journalism, she is harassed and threatened with death.

I call on you to end discrimination against Janna and to fulfil your obligations under the UN Convention on the Rights of the Child by protecting Janna and other Palestinian minors.

Sincerely,

Sehr geehrtes Mitglied der Knesset,

Janna Jihad wünscht sich eine ganz normale Jugend. Doch die 15-Jährige lebt in dem von Israel besetzten Westjordanland, wo systematische Diskriminierung und Unterdrückung Alltag sind.

Nachdem die israelische Armee Jannas Onkel vor ihren Augen tötete, begann sie, sich als Bürgerjournalistin zu betätigen. Sie dokumentiert die Unterdrückung und Gewalt der israelischen Armee gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, einschließlich der Minderjährigen, die regelmäßig zu Todesopfern führt.

Israel hat zwar das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes unterzeichnet, die Schutzmaßnahmen gelten bisher aber nicht für die palästinensischen Kinder und Jugendlichen im Westjordanland. Weil Janna weiterhin engagierten Journalismus betreibt, wird sie schikaniert und mit dem Tode bedroht.

Ich fordere Sie auf, die Diskriminierung von Janna zu beenden und Ihre Verpflichtungen gemäß dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes zu erfüllen, indem sie Janna und andere palästinensische Minderjährige schützen.

Hochachtungsvoll,

Absender*in:

Prime Minister of Thailand
The Office of the Permanent Secretary
Government House
1 Nakhon Pathom Road
Dusit, Bangkok 10300
THAILAND

Dear Prime Minister,

Panusaya “Rung” Sithijirawattanakul is a promising university student who, like many other young people, has been peacefully protesting as part of Thailand’s democracy movement. She and her peers are campaigning for a society where public concerns are heard and acted upon – not silenced.

Because Panusaya dared to publicly and peacefully call for change, she faces multiple criminal charges against her and the possibility of life in prison. The Thai authorities need to encourage and enable all people in Thailand to enjoy and exercise their human rights, including peaceful protest.

I urge you to drop all criminal charges against Panusaya.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Premierminister!

Panusaya „Rung“ Sithijirawattanakul ist eine vielversprechende Studentin, die wie viele andere junge Menschen als Teil der thailändischen Demokratiebewegung friedlich protestiert hat. Sie und ihre Kommiliton*innen setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der öffentliche Anliegen gehört und umgesetzt werden - und nicht zum Schweigen gebracht.

Weil Panusaya es gewagt hat, öffentlich und friedlich einen Wandel zu fordern, wird sie mehrfach strafrechtlich angeklagt, und es droht ihr eine lebenslange Haftstrafe.

Die thailändischen Behörden müssen alle Menschen in Thailand ermutigen und in die Lage versetzen, ihre Menschenrechte zu genießen und auszuüben, einschließlich des friedlichen Protests.

Ich fordere Sie dringend auf, alle strafrechtlichen Anklagen gegen Panusaya fallen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen,

DIE WELTWEIT ERSTE DIPLOMATIN

Für Alexandra Kollontai lag die rechtliche Situation und gesellschaftliche Anerkennung der Frau in erster Linie in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Produktivität des Volkes begründet.

Als Tochter eines russischen Generals und einer finnischen Mutter durchlebt Alexandra Domontowitsch eine behütete Kindheit in wohlhabenden Verhältnissen. Dennoch bemerkt sie schon in jungen Jahren die sozialen Ungerechtigkeiten, da ihre Spielkamerad*innen auf dem Gutshof ihres finnischen Großvaters als Bauernkinder unter entbehrungsreichen Umständen leben.

Aus ihrer ersten Ehe stammt der Familienname Kollontai. Das Familienleben als Hausfrau und Mutter wird ihr bald zu eng. Sie trennt sich von ihrem Mann und studiert in der Schweiz Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wo sie sich der europäischen sozialistischen Bewegung anschließt.

KONTAKTE ZU CLARA ZETKIN UND ROSA LUXEMBURG. Bald nach ihrer Rückkehr nach Russland beginnt ihre revolutionäre Tätigkeit. Sie verfasst Flugschriften, Artikel, Bücher und tritt als talentierte Rednerin auf. Sie pflegt vielfältige Kontakte, u.a. zu Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Clara Zetkin. Reisen und wechselnde Wohnsitze führen sie nach Frankreich, England, Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und in die USA. Immer wieder geht Alexandra Kollontai in die Illegalität, wiederholt wird sie in verschiedenen Ländern verhaftet. 1910 macht sie gemeinsam mit Clara Zetkin bei der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen den Vorschlag, den 8. März alljährlich als Internationalen Frauentag zu feiern. Mit dem Zusammenbruch des Zarenregimes kehrt sie nach Russland zurück und arbeitet mit Lenin an der Bildung einer Räteregierung. Sie wird das erste weibliche Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR und dann Volkskommissarin für staatliche Fürsorge. Sie ersetzt die bisherige kirchliche Trauung

durch eine zivile Eheschließung, installiert ein neues Scheidungsrecht, legalisiert Schwangerschaftsabbruch und bewirkt eine rechtliche Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern.

Ihr erklärtes Ziel war die Befreiung der Frauen aus Unterdrückung durch Kirche oder Patriarchat. Die Sozialisierung von Haushaltsarbeit und Kindererziehung in kommunalen Einrichtungen sollte es ermöglichen, dass Frauen unabhängig werden und ihre dringend benötigte Arbeitskraft der neuen Gesellschaft zur Verfügung stellen können.

Die wirtschaftliche Not und innerparteiliche Konflikte erschweren die Umsetzung der emanzipatorischen Vorhaben. Alexandra Kollontai wechselt in die Diplomatie. Der „Rausch der patriarchalen Gefühle“ ist ihr „immer fremd geblieben“. Im Zweiten Weltkrieg ist sie maßgeblich daran beteiligt, dass Finnland seine Unterstützung Hitlers aufgibt und aus dem Krieg austritt.

Dass sie sich in ihrer diplomatischen Tätigkeit der Linie Stalins anpasste, hat vermutlich dazu beigetragen, dass sie und ihr Sohn zu den wenigen aus ihrem Umfeld gehörten, die die stalinistischen Säuberungen überlebten.

ZUR BEZIEHUNG DER GESCHLECHTER. In ihrer Autobiographie stellt sie die Frage: „Ob die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die Ausarbeitung eines Moralkodex, der diese Beziehungen zu regeln hat, sich nicht in der menschlichen Geschichte als eines der bleibenden Momente des sozialen Kampfes erwiesen hätte?“

Über das Auseinandergehen ihrer vielfältigen Liebesbeziehungen schreibt sie: „Und immer wieder folgte allzu schnell die Enttäuschung, denn der Freund sah nur immer in erster Linie das Weibliche, das er versuchte, zur willigen Resonanz seines eigenen Ichs zu kneten.“



ALEXANDRA KOLLONTAI (1872-1952)

Einige ihrer Titel: „Die Rolle der Feministinnen und der Proletarierinnen in der Befreiungsbewegung der Frauen“ (1906), „Finnland und der Sozialismus“ (1908), „Wer braucht den Zaren, und kann man ohne ihn auskommen?“ (1916), „Die werktätige Mutter“ (1917).

© commons.wikimedia.org

In unserer Serie über Vorkämpferinnen für Frauenrechte stellt Ruth Strehl Alexandra Kollontai vor.



**FRAU SEIN DARF
KEIN URTEIL SEIN**

SPENDE JETZT. DANKE!

amnesty.at/spende/afghanistan-helfen

**AMNESTY
INTERNATIONAL** 

WAS DEINE SPENDE BEWIRKT

- ▶ Du hilfst mit, politische Gefangene zu befreien und Menschenrechtsverletzungen wie Folter aufzudecken.
- ▶ Du kämpfst gemeinsam mit uns gegen die Todesstrafe.
- ▶ Deine Spende fördert Frauenrechte und Gleichberechtigung und bekämpft Rassismus und Diskriminierung.
- ▶ Du übst mit uns Druck auf mächtige Entscheidungsträger*innen aus, die Rechte aller Menschen zu achten.

Jeder Beitrag ist wichtig und schützt das Leben und die Rechte von Menschen.

100% FINANZIERT DURCH MENSCHEN WIE DICH

Private Spenden garantieren Unabhängigkeit und politische Neutralität. Nur durch die finanzielle Unterstützung von Menschen wie dir können wir uns seit über 60 Jahren unabhängig von Wirtschaftsinteressen und politischen Ideologien für die Rechte und das Leben aller Menschen einsetzen.

DEINE SPENDE IST VON DER STEUER ABSETZBAR

Dein Beitrag ist bei uns in guten Händen. Deshalb dürfen wir das österreichische Spendengütesiegel führen, das für strenge Qualitätsstandards, Transparenz und laufende Kontrolle steht.

**UNSER SPENDENKONTO: IBAN:
AT14 2011 1000 0031 6326 /
BIC: GIBA ATWW XXX**

IMPRESSUM. Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:
Eigenverlag Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43 Vereinsregister ZVR: 407408993 / Redaktion & Gestaltung: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte / Theresia Kandler
Gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung von Amnesty International wiedergeben. Fotos und Beiträge, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International
Amnesty Info – Netzwerk Frauenrechte, Nr. 4, Dezember 2021

Wenn du die AKTIV.IST.IN in Zukunft nicht mehr zugesendet bekommen willst, kannst du sie jederzeit durch ein E-Mail an aktiv.ist.in@amnesty.at oder per Post an Amnesty International, Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien abbestellen.

Österreichische Post AG, MZ 02Z 031 256M